

Schwestern und Brüder!

Ringens um Frieden und Einheit ist nicht nur auf der weltpolitischen Bühne ein Dauerthema. In praktisch allen Lebensbereichen bis in den Intimraum zwischenmenschlicher Beziehungen hinein spielen Erfahrungen der Trennung und die Sehnsucht bzw. Suche nach Einheit, Versöhnung, Einswerdung eine zentrale Rolle.

Es kommt deshalb auch nicht von ungefähr, dass Frieden, Einheit, Einswerdung u.dgl. zum Grundwortschatz praktisch aller Religionen zählt; mag es nun um ein Einswerden mit der natürlichen Umwelt gehen oder um Einheit unter einem gemeinsamen göttlichen Gesetz, um Einheit als auserwähltes Gottesvolk oder um Auflösung jeder Individualität in eine kosmische All-Einheit hinein, um die Vereinigung von Göttern und Menschen, von männlichem und weiblichem Prinzip oder von welchen Polaritäten auch immer.

Kaum überraschend ist es von daher, dass die als „Abschiedsreden Jesu“ zusammengefassten Textabschnitte des Joh-Evangeliums, die wir an den vergangenen Sonntagen gehört haben, in dem vorhin gehörten Gebet Jesu gleichsam aufgipfeln, und dass es darin v.a. darum geht: dass alle, die glauben, eins seien, wie Jesus und sein Vater eins sind. – Einheit also als wesentliches Vermächtnis und zentrales Anliegen Jesu. – Die Geschichte des Christentums war und ist folgerichtig denn auch eine Geschichte des Ringens um Einheit – und auch eine Geschichte des wiederholten Scheiterns daran.

Einheit und Zusammenhalt waren und sind auch zentrale Themen in wichtigen politischen Vorgängen der jüngeren Zeit: Bei den Wahlen zum EU-Parlament verlief eine grundlegende Trennlinie zwischen jenen politischen Kräften, die eine fortschreitende Intensivierung europäischer Einigungsprozesse anstreben, und – auf der Gegenseite – jenen, die kleinere, nationale Einheiten forcieren auf Kosten einer stärkeren Union. Überlagert waren diese Wahlen aber von den innenpolitischen Turbulenzen in unserem eigenen Land, die manche schon allzu aufgeregt von einer veritablen „Staatskrise“ sprechen ließen. Wenngleich sich das wohl als übertrieben herausstellen sollte, so mag es doch Ausdruck eines berechtigten Unbehagens sein: des Unbehagens darüber, die politischen Geschicke des Landes in den Händen von Akteuren zu sehen, denen offenbar partikuläre Eigen- oder Parteiinteressen wichtiger sind als ein gegenüber dem Gemeinwohl und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verantwortungsvoller Umgang mit der ihnen anvertrauten politischen Macht. Gut hat es da getan zu erleben, dass es in unserem Land auch Persönlichkeiten gibt, die besonnen und klug und womöglich persönliche Interessen und Präferenzen hintanstellend einer tatsächlich möglichen Staatskrise gegensteuerten.

Beispielgebend und seines Amtes würdig habe ich dabei insbesondere unseren Herrn Bundespräsidenten erlebt. Sehr rasch und noch ziemlich am Anfang der besagten Turbulenzen hat er bereits einen Begriff ins Spiel gebracht, der mir eine wesentliche Grundbedingung zu sein scheint für jede Form von Einheit – sei es auf zwischenmenschlicher, sei es auf gesamtgesellschaftlicher und also auch politischer Ebene: Vertrauen. – Viele Menschen haben angesichts der peinlichen Enthüllungen im Vorfeld des politischen Umbruchs ihrem Unmut Ausdruck verliehen, indem sie mehr oder weniger allen politischen Akteuren unmoralisches Verhalten unterstellten: „Die machen es doch alle so; nur, dass die Einen eben das Pech hatten, dabei aufzufliegen!“ Genau ein solches Klima des Generalverdachts und prinzipiellen Misstrauens stellt aber die wohl stärkste Gefährdung für die Einheit einer Gesellschaft und eines Staatswesens dar. Und es kam nicht von ungefähr, dass der Bundespräsident die Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik als 1. Priorität in der politischen Krisenbewältigung formulierte. Ich denke, dass dieser Appell aber nicht nur den politischen VerantwortungsträgerInnen gilt, sondern an alle StaatsbürgerInnen erging: Vertrauen bedarf nie nur der Rechtfertigung durch vertrauenswürdigen Verhalten, sondern ist immer auch eine zu erbringende Vorleistung! Auch in dieser Hinsicht hat unsere Gesellschaft einen Klimawandel dringend nötig.